



## **Newsletter *Bildung, Kinder und Jugend*, Ausgabe 339, 07.04.2010**

---

**Schulgeschichtliche Sammlung verlegen, um benötigte Schulplätze für Kinder zu schaffen**

**Optionszwang ersatzlos streichen**

---

### **Schulgeschichtliche Sammlung verlegen, um benötigte Schulplätze für Kinder zu schaffen**

Beim Runden Tisch der Grünen zur Schulanwahl hat sich im Dialog mit den Eltern eine Lösung herauskristallisiert, wie bis zum Schuljahresbeginn genügend Plätze für die Kinder im Bereich Mitte/Östliche Vorstadt und Schwachhausen geschaffen werden können.

Dazu erklärt die bildungspolitische Sprecherin Anja Stahmann: "Wir lassen jetzt von der Bildungsbehörde prüfen, ob Oberstufenkurse des Gymnasiums Hamburger Straße kurzfristig in Räume der Schulgeschichtlichen Sammlung auf der Hohwisch verlagert werden können. Der Rechnungshof hat jüngst die Verlegung der Schulgeschichtlichen Sammlung ins Focke-Museum angemahnt. Durch den Umzug der Oberstufenkurse, die nicht an Fachräume gebunden sind, werden Räume im Gymnasium frei. Das Gymnasium kann dann seine Außenstelle in der Oberschule an der Schaumburger Straße aufgeben. Dabei handelt es sich dort um die größten Klassenzimmer. Die Oberschule kann dann alle Kinder aufnehmen, die bei der Schulwahl leer ausgegangen sind. Wir erwarten von der Bildungsbehörde, dass sie diese Variante im Sinne der Kinder mit den Schulleitungen erörtert."

Kritisch betrachten die Grünen indes die Überlegung, die Zuordnungen der Grundschulen zu verändern. "Die Zuordnung der Grundschule an der Gete hat beispielsweise zu einer sehr guten Anwahl der Oberschule an der Schaumburger Straße geführt. Die Schule hat nun eine gute Mischung von SchülerInnen mit unterschiedlichen

Leistungsniveaus. Sie wird damit zu einer attraktiven Oberschule an der Schnittstelle von Mitte/Östliche Vorstadt und Schwachhausen. Das gilt es zu fördern", betont Anja Stahmann.

Die Grünen unterstützen indes das Vorhaben, das Aufnahmeverfahren von staatlichen und privaten Schulen zu harmonisieren. "Das zeitlich später endende Aufnahmeverfahren der Schulen in freier Trägerschaft chaotisiert das Aufnahmeverfahren an staatlichen Schulen. Das muss zum nächsten Schuljahr harmonisiert werden. Das werden wir für die nächste Deputationssitzung als Beschluss vorschlagen", unterstreicht Anja Stahmann.

### **Optionszwang ersatzlos streichen**

Zur Bundesratsinitiative von Bremen und Berlin, den Optionszwang zu streichen, erklärt die migrations- und integrationspolitische Sprecherin Zahra Mohammadzadeh: "Die CDU ist aufgefordert, diesem integrationspolitischen Unsinn ein Ende zu setzen. Es kann nicht sein, dass in den kommenden Jahren zigtausende hier aufgewachsene und verwurzelte Jugendliche ausgebürgert werden. Wir wollen weiterhin den Doppelpass für sie. Angesichts des drohenden Fachkräftemangels können wir es uns nicht leisten, bereits im Land vorhandene Talente zu vergeuden. Der Erhalt der deutschen Staatsangehörigkeit mit allen damit verbundenen Rechten und Pflichten ist die Basis für eine erfolgreiche Integration. Die hier geborenen Jugendlichen zur Aufgabe ihrer deutschen Staatsangehörigkeit zu zwingen, konterkariert die Integrationsbemühungen. Der Optionszwang muss abgeschafft werden."

Seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts erhält heute jedes in der Bundesrepublik geborene Kind von Einwanderern neben der Staatsangehörigkeit der Eltern automatisch auch den deutschen Pass, wenn ein Elternteil mindestens seit acht Jahren in Deutschland lebt und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht hat. Allerdings müssen sie sich bisher bis zum 23. Lebensjahr zwischen den beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden. Das ist der Optionszwang. Allein in Bremen betrifft das in den nächsten zehn Jahren über 1000 junge Menschen.

"Bei der Staatsangehörigkeit darf es keine Zweiklassengesellschaft geben. Der Optionszwang ist eine krasse Ungleichbehandlung. Diese jungen Menschen werden so zu BürgerInnen minderen Rechts. Denn neben Kindern aus binationalen Familien sind auch Jugendliche aus der EU und Schweiz schon heute vom Optionszwang ausgenommen. Mehrstaatigkeit ist bereits der Normalfall. Die CDU sollte in dieser Frage endlich ihre Blockadehaltung aufgeben", betont Zahra Mohammadzadeh.

### **AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:**



Anja Stahmann, bildungspolitische Sprecherin  
[anja.stahmann@gruene-bremen.de](mailto:anja.stahmann@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-234)



Mustafa Öztürk, kinder- und jugendpolitischer Sprecher  
[mustafa.oeztuerk@gruene-bremen.de](mailto:mustafa.oeztuerk@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-249)



Dr. Tobias Erzmänn, Referent für Bildung, Wissenschaft, Kinder und Jugend  
[tobias.erzmann@gruene-bremen.de](mailto:tobias.erzmann@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-251)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von  
Bündnis 90/Die Grünen keine Haftung.